

AFFÄREN

Mein lieber Scholl!

Neuer Schlag für die FDP: Ihr einstiger Landesvorsitzender Scholl wurde als mutmaßlicher Juwelenräuber verhaftet. Doch noch ist der Liberale der Tat nicht zweifelsfrei überführt.

Am Sonntag vorletzter Woche, kurz nach 21 Uhr, bekam der Ludwigshafener Südwestfunk-Redakteur Karl Engelkes einen „heißen Tip“, der ihn „sofort hellwach“ werden ließ: Ein „prominenter Politiker aus Oggersheim“, verriet ein aufgeregter Anrufer, sitze „seit Samstag in Untersuchungshaft“.

Nur zehn Minuten später, erinnert sich der Journalist, „war die Sache wasserdicht“. Die von Engelkes recherchierte Eilmeldung, die von 21.50 Uhr an in allen Nachrichtensendungen verbreitet wurde, klang freilich wie ein verfrühter Aprilscherz.

Der ehemalige rheinland-pfälzische FDP-Landesvorsitzende Hans-Otto Scholl, Rechtsanwalt und Träger des Bundesverdienstkreuzes Erster Klasse, sei, hieß es, unter dem Verdacht festgenommen worden, am 28. Dezember in den Kurhaus-Kolonnaden von Baden-Baden ein Juweliengeschäft überfallen und Schmuck im Wert von 2,5 Millionen Mark geraubt zu haben – ein in der westdeutschen Nachkriegspolitik einzigartiger Fall.

Die Nachricht stimmte. Der unerhörte Verdacht richtet sich gegen einen Freidemokraten, der 16 Jahre dem Landtag angehörte und sieben Jahre Landesvorsitzender seiner Partei war, lange Zeit als einer der talentiertesten bundesdeutschen Liberalen galt, in regelmäßigen Abständen bei FDP-Chef Genscher zum



Freidemokrat Scholl: Privatschulden mit Fraktionskrediten getilgt?

nen hatten entgegen einem Urteil des Landesverfassungsgerichts, das Fraktionen die Finanzierung von Wahlkämpfen durch „unzulässige“ Fraktionsmittel verbietet, der gegenüber angegeben haben, der Kredit werde für den FDP-Wahlkampf in Hessen benötigt und die Tilgung erfolge durch „unzulässige“ Fraktionsmittel.

Phantombild*, Scholl-Bild aus SPIEGEL 1/1985: Den Zeugen vorgelegt

Frühstück aufkreuzte, Nachbar von Helmut Kohl ist und immer wieder als Minister ins Gespräch gebracht worden war.

In den letzten fünf Jahren jedoch war Scholl seiner Partei durch Verstrickung in Schmiergeld-Affären und Strafverfahren sowie durch dubiosen Umgang mit Partei-Geldern zunehmend lästig geworden – wenngleich er juristischen Zugriffen stets entging.

Auch des Juwelenraubes ist Scholl noch lange nicht überführt. Zwar wollen die Opfer des Überfalls, der Goldschmied Dirk Greiling und seine Freundin Corinna Monecke, Scholl „an der Stimme, am Gesicht, am Schritt“ einwandfrei als Täter erkannt haben.

Widersprüche „hinsichtlich der Haartracht“ (Staatsanwaltschaft) aber sind bislang nicht ausgeräumt. Während die Opfer dem Räuber volles Haar zuschreiben und auch ein entsprechendes Phantombild gefertigt wurde, hat Scholl tatsächlich schütteres Haar und eine Hinterkopf-Glatze.

Fest steht allerdings, daß sich Scholl am Tattag zur Tatzeit, gegen 15.30 Uhr, am Tatort Baden-Baden aufhielt, wo er, nachdem er zunächst mit Frau, Tochter und Schwiegermutter angereist war, allein durch die Innenstadt bummelte. Mit seinem dunkelblauen 350er Mercedes (Kennzeichen: LU-UK 200) geriet er eine gute Stunde nach dem Raub in eine Polizeikontrolle. Dabei soll Scholl den Fahndern wahrheitswidrig erklärt haben, „Landtagsabgeordneter“ zu sein; kurz darauf konnte er die Fahrt fortsetzen.

Nur weil sich Zeugen, denen am Tattag in den Kurhaus-Kolonnaden ein verdächtiger Mann auffiel, die Nummer von Scholls Mercedes notiert hatten, geriet der Politiker überhaupt in Verdacht. Weil über Scholl gerade eine Geschichte im SPIEGEL erschienen war, legten die Polizisten dem Überfall-Opfer Dirk Greiling das SPIEGEL-Photo vor. Greiling spontan: „Das war der Juwelenräuber.“

Greiling schildert den Täter als „sehr, sehr ordentliche Erscheinung“, einen höflichen Mann mit „ziemlich großen Ohren“ und einer „silbernen Brille“, bekleidet mit „dunkelbraunem Mantel“, „dunklem Anzug“, einem „weißen Schal“ und „weißen Handschuhen“.

Zunächst, so Greiling zum SPIEGEL, habe der Kunde nach „einem Ring für meine Frau“ gefragt. Wenig später soll er „Überfall“ und „Hände hoch“ gerufen haben – wie Greiling registrierte, „in ziemlich gutem Hochdeutsch“.

Der unheimliche Gast, erinnert sich Greiling, hielt Freundin Corinna eine Waffe „an die Nase, unter das Auge“, einen Revolver, „silberfarben, mit sehr kurzem Lauf“. Den Worten „Was mach' ich nur, eigentlich müßte ich euch erschießen“ folgten laut Greiling „feste Schläge für jeden von uns“, und zwar

Der unheimliche Gast, erinnert sich Greiling, hielt Freundin Corinna eine Waffe „an die Nase, unter das Auge“, einen Revolver, „silberfarben, mit sehr kurzem Lauf“. Den Worten „Was mach' ich nur, eigentlich müßte ich euch erschießen“ folgten laut Greiling „feste Schläge für jeden von uns“, und zwar

* Nach dem Juwelenraub in Baden-Baden am 28. Dezember 1984.



Beraubter Juwelier Greiling: 75 Schmuckstücke verschollen

„an den Kopf“. Greiling: „Dann fiel ein Schuß, sehr laut.“

Gegen Scholl spricht, daß er seit 1975 Waffenschein und Waffenbesitzkarte für einen „Smith & Wesson“-Revolver, Kaliber 38 special, besitzt und daß der Schuß im Juwelergeschäft aus genau einer solchen Waffe abgegeben worden ist. Scholl will den Revolver, der bei einer Hausdurchsuchung nicht gefunden wurde, „verlegt“ haben.

Die geraubten 75 Schmuckstücke sind bislang verschollen. Nach der Beute wird „in Richtung Schweiz“ gefahndet, wo sich Scholl vor seiner Festnahme aufhielt.

Der spektakuläre Kriminalfall löste einen Medienrummel ohne Beispiel aus. Noch bevor die Staatsanwaltschaft den Namen des Beschuldigten überhaupt preisgab, erfuhren die Bundesbürger über öffentlich-rechtliche Anstalten Einzelheiten aus Scholls Affären. „Bild“ taufte den Beschuldigten kurzerhand „Juwelen-Scholl“.

Bei der FDP überzog Bestürzung. Noch-Chef Genscher, der die Verhaftungsmeldung mit dem Ausruf „Mein lieber Scholli“ kommentierte, fürchtet, daß der Fall Scholl „letztlich zum FDP-Thema wird“. Während sich Liberale wie der neue baden-württembergische FDP-Landesvorsitzende Walter Döring zu der Forderung hinreißen ließen, der Beschuldigte müsse „von heute auf morgen“ aus der FDP „entfernt“ werden, warnte SPD-Oppositionschef Hans-Jochen Vogel vor „voreiligen Verurteilungen“.

Rheinland-pfälzische Liberale stören sich daran, daß plötzlich ein Untersuchungshäftling als Beisitzer dem FDP-Landesvorstand und als Schatzmeister dem FDP-Kreisvorstand von Ludwigshafen angehört.

Scholls etappenweiser Absturz begann, als er 1980 seinen hochdotierten Job als Hauptgeschäftsführer beim Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie verlor. Scholl hatte jahrelang Rücklagen seines Arbeitgebers zum Kauf goldener Rolex-Uhren, hochkarätiger Brillanten und handgeknüpfter Teppiche verwendet, teure Graphiken von Chagall und Miró erstanden, sich selber sechsstellige Darlehen gewährt und zwei Dienstwagen gegönnt, einen Mercedes 450 SEL (Kaufpreis: 91 409 Mark) und ein Mercedes-Sportcoupé (77 626 Mark).

Die Frankfurter Staatsanwaltschaft stellte zwar ein Verfahren wegen „Verdachts der Untreue u.a.“ ein, in dem es um 2,5 Millionen Mark ging, wies aber ausdrücklich darauf hin, daß „Verdachtsgründe für eine strafbare Handlung“ fortbeständen. Die Behauptung des Funktionärs, das Verbandsvermögen durch gleichsam automatisch Wertzuwachs von Schmuck und Bildern vermehrt zu haben, erwies sich als falsch: Bei Versteigerungen wurde er seine Schätze nicht los.

Weil er jedoch aufgrund einer „Trennungvereinbarung“ knapp zwei Millionen an den Verband zurückzahlen mußte, tat sich vor Scholl ein riesiges finanzielles Loch auf – womöglich Anlaß für weitere Verstrickungen des Politikers.

Nachdem der SPIEGEL im Juli 1981 die Einstellungsverfügung der Frankfurter Staatsanwaltschaft veröffentlicht hatte, in der die Schmiergeld-Gepflogenheiten des Pharma-Lobbyisten Scholl beschrieben waren, mußte der Freidemokrat sein Vorsitzenamt niederlegen. Geheimnisvolle Scholl-Andeutungen über „lukrative“ neue Jobs, etwa „bei einem japanischen Konzern in Brüssel“ oder bei einer Firma in New York, erwiesen sich ausnahmslos als Fehlanzeigen.



Tatzeugen Greiling junior, Freundin
„Ziemlich große Ohren“

Anfang 1982 schließlich verschaffte sich der arbeitslose Jurist einen gutdotierten politischen Fulltime-Job: In einer rüden Blitz-Aktion, von der die meisten Parteimitglieder überrascht wurden, boxte er den langjährigen FDP-Fraktionschef Werner Danz aus dem Amt und übernahm selbst den Vorsitz, mit dem Monatsbezüge von 10 300 Mark verbunden waren.

Wenig später, nach der Landtagswahl im März 1983, war Scholl die neue Verdienstquelle wieder los: Die Liberalen flogen mit nur 3,5 Prozent der Stimmen, dem schlechtesten Ergebnis ihrer Geschichte, aus dem Parlament. Doch der Mainzer CDU-Ministerpräsident Bernhard Vogel hielt weiterhin zu dem ins Zwielflicht geratenen Advokaten.

Nicht ohne Grund: Noch zu Zeiten der sozialliberalen Bundesregierung in Bonn hatte der als „Steinzeitliberaler“ eingestufte Scholl versucht, in Rheinland-

Pfalz eine richtungweisende schwarz-liberale Bürgerkoalition zu installieren – entgegen einem klaren FDP-Parteitagbeschuß. Vogel wollte sich durch ein solches Bündnis als Vorreiter der Wende profilieren.

Der Coup, klammheimlich inszeniert, scheiterte letztlich an FDP-Parteichef Genscher – für Scholl eine bittere Enttäuschung, hatte ihm doch Vogel zum Dank das Mainzer Wirtschaftsressort in Aussicht gestellt.

Vogels Versuch, dem beruflich und politisch gescheiterten Ex-Kollegen wenigstens einen Staatssekretärsposten zuzuschieben, scheiterte 1983 zwar am Protest der CDU-Fraktion. Auch die Vogel-Bemühung, Scholl einen Vorstandsjob bei der Düsseldorfer „Provinzial“-Versicherung zu verschaffen, blieb erfolglos. Mittlerweile hat Vogel jedoch eingeräumt, daß er sich „auf Bitten der FDP“ um eine anderweitige „berufliche Absicherung“ Scholls „bemüht“ habe, unter anderem „bei der Lufthansa“.

Ebenfalls auf Vermittlung des Ministerpräsidenten, kolportieren Parteifreunde, sei Scholls Beratertätigkeit bei der skandalumwitterten und hochverschuldeten Deutschen Anlagen Leasing (DAL) zustande gekommen, die 1984 mit Zahlung einer hohen Abfindung endete. Überdies wurde Scholl zur Abdeckung seiner Schulden von der Mainzer Landesbank ein Kredit eingeräumt – kaum ohne Wissen der Landesregierung.

Doch ob Vogels „gute Taten“ (CDU-Fraktionschef Hans-Otto Wilhelm) sowie eine monatliche Leibrente des Pharma-Verbandes in Höhe von 7900 Mark hingereicht haben, Scholls Finanzmisere zu beheben, ist fraglich.

Bereits vor dem Überfall in Baden-Baden war der Liberale, dem Parteifreunde einen „viel zu luxuriösen Lebensstil“, „zu teure Autos“ und „zu kostspielige Restaurantbesuche“ nachsagen, erneut ins Gerede geraten: Von der Dresdner Bank ließ er sich unter dem Stichwort „Liberale Aktion“ einen Kredit über 310 000 Mark einräumen, der durch FDP-Festgeld abgesichert war (SPIEGEL 1/1985).

Gegenüber der Bank soll Scholl erklärt haben, mit dem Geld werde der FDP-Wahlkampf in Hessen finanziert. Der Mainzer Leitende Oberstaatsanwalt Werner Hempler, der wegen des Verdachts der Untreue ermittelt, argwöhnt jedoch, Scholl habe den Kredit in Wahrheit „zur Abdeckung persönlicher Schulden bzw. für private Zwecke“ verwendet.

Ob Hempler indes ein lückenloser Nachweis gelingt, ist nicht ausgemacht. Auch der Baden-Badener Leitende Oberstaatsanwalt Reiner Haehling von Lanzener, der Scholl als Juwelenräuber festsetzen ließ, ist sich seiner Sache längst nicht sicher: „Umfangreiche kriminalistische Kleinarbeit“, kündigte er am Freitag letzter Woche an, „steht bevor.“